

In stürmischer See – Unser Kompass zeigt auf Zukunft

Jahresbilanz der Niedersächsischen Landesregierung

24. Februar 2009

Die Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen haben am 27. Januar 2008 die **Regierungsmehrheit und damit die Politik von CDU und FDP bestätigt**. Sie haben durch die Wiederwahl ihr großes Vertrauen in die Arbeit der Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident Christian Wulff zum Ausdruck gebracht. Den ersten fünf arbeitsintensiven Jahren von 2003 bis 2008 folgte seitdem ein weiteres Jahr tatkräftigen und mutigen Handelns. Vieles hat sich in den vergangenen sechs Jahren in Niedersachsen **zum Positiven geändert**. Die **Erfolge der Regierungsarbeit sind sichtbar**:

- Niedersachsen lag 2008 beim **Bruttoinlandsprodukt** mit einem Plus von 1,6 % gegenüber dem Vorjahr auf Platz 2 im Ländervergleich. Die Wirtschaftsleistung lag in Niedersachsen bei rund 214 Mrd. Euro. Damit trug Niedersachsen rund 8,5 % zum Bruttoinlandsprodukt in Deutschland bei.
- In Niedersachsen waren Ende Januar 2009 insgesamt 319.658 Menschen arbeitslos gemeldet. Das ist der **niedrigste Januarwert seit 16 Jahren**.
- Die **Arbeitslosenquote** lag im Januar bei 8,1 %. Niedersachsen liegt damit besser als der Bundesdurchschnitt von 8,3 %. Gegenüber Januar 2008 ist die Arbeitslosenquote um 0,5 %-Punkte gesunken. Das ist der zweitbeste Wert der westdeutschen Flächenländer.
- Kein anderes Bundesland hat in den vergangenen sieben Jahren jedes Jahr die **Nettokreditaufnahme abgesenkt**, davon sechsmal um mindestens 350 Mio. Euro.
- Die Landesregierung hat die **Kreditfinanzierungsquote** kontinuierlich abgesenkt. 2009 wird die Kreditfinanzierungsquote nur noch bei 1,0 % liegen. Das ist die niedrigste Kreditfinanzierungsquote seit 1948.

Die Niedersächsische Landesregierung kann auf **sechs erfolgreiche Jahre** zurückblicken. Seit dem Herbst des letzten Jahres spüren auch die Menschen in Niedersachsen die negativen Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Jetzt macht sich bezahlt, dass CDU und FDP einen konsequenten Sanierungskurs gefahren haben. Heute kommt uns zugute, dass wir in den letzten Jahren **nicht mehr über unsere Verhältnisse gelebt** haben. Auch in den kommenden vier Jahren wird die Landesregierung an diesem Kurs festhalten. Wir wollen uns nur noch das leisten, was wir auch finanzieren können. Wir wollen den Handlungsspielraum für die kommenden Generationen erhalten bzw. weiter vergrößern. Im Kern heißt das, nachhaltige und zukunftsweisende Investitionen mit einem eindeutigen Sanierungskurs zu verbinden. Hier bleibt die **Landesregierung verlässlich**.

Die Botschaft nach einem erfolgreichen Regierungsjahr lautet: **In stürmischer See – Unser Kompass zeigt auf Zukunft**.

Inhalt

Haushalt und Finanzen

Initiative Niedersachsen

Wirtschaft

Entbürokratisierung und Verwaltungsmodernisierung

Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Verkehrsinfrastruktur

Bildung

Wissenschaft und Forschung

Innen und Sport

Recht und Justiz

Kommunen

Integration

Nachhaltigkeit

Umwelt, Energie, Klima- und Naturschutz

Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Raumordnung

Soziales und Gesundheit

Kultur

Medien

Norddeutsche Zusammenarbeit

Europa und internationale Zusammenarbeit

Haushalt und Finanzen

Auch unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise hält die Niedersächsische Landesregierung an Ihrem **Konsolidierungsziel** fest. Wir haben in Niedersachsen mit der unbremsten Verschuldung der öffentlichen Haushalte Schluss gemacht.

- 2002 bewegte sich die Schuldenuhr noch mit einem Tempo von 93 Euro pro Sekunde, beträgt der Wert seit Beginn dieses Jahres noch 8 Euro je Sekunde.
- In Niedersachsen ist die Nettokreditaufnahme von 1999 bis 2002 von 1,355 Mrd. Euro auf 2,95 Mrd. Euro angestiegen. 2009 liegt sie bei 250 Mio. Euro. Das bedeutet eine Reduzierung innerhalb von sechs Jahren um 2,7 Mrd. Euro bzw. 91,5 %.
- Die Nettokreditaufnahme in Höhe von 250 Mio. Euro im Jahr 2009 ist die niedrigste Nettokreditaufnahme seit 1963.

In den Verhandlungen um die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen in der **Föderalismuskommission II** sind wir endlich ein Stück weiter gekommen und haben uns auf eine Schuldenbremse für Bund und Länder einigen können. Vom Jahr 2020 an sollen die Länder alle ohne strukturelle Neuverschuldung auskommen. Die Niedersächsische Landesregierung hat sich in der Föderalismuskommission II immer dafür eingesetzt, möglichst schnell ein bundesweites Verschuldungsverbot durchzusetzen. **Der Verzicht auf eine strukturelle Verschuldung sollte deshalb bereits ab 2015 gelten**. Jede Generation muss mit dem auskommen, was sie sich selbst erwirtschaftet hat. Auf Kosten zukünftiger Generationen zu leben, ist ethisch nicht vertretbar. Die für fünf Länder vorgesehenen Konsolidierungshilfen werden von der Niedersächsischen Landesregierung kritisch gesehen. Länder, die wie Niedersachsen in der Vergangenheit bereits einen strengen Konsolidierungspfad betreten und nicht wieder verlassen haben, werden hier zusätzlich belastet. Durch die Konsolidierungshilfen wird Niedersachsen mit rund 33 Mio. Euro pro Jahr belastet.

Bei der Bewältigung der **Folgen der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise** unterstützt die Niedersächsische Landesregierung entschlossen und nach Kräften mittelständische Betriebe in Niedersachsen. Schon frühzeitig hat die Landesregierung wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht:

- Gemeinsam mit dem Bund haben wir uns zur Stabilisierung des Bankensektors sehr schnell auf das **Finanzmarktstabilisierungsgesetz** geeinigt. Dabei war Niedersachsen treibende Kraft. Viele Vorschläge aus Niedersachsen wurden aufgegriffen. Die Länder haften begrenzt für 7,7 Mrd. Euro. Dies könnte für Niedersachsen eine Belastung von bis zu 770 Mio. Euro bedeuten. Das ist viel, aber gemessen an den Herausforderungen vertretbar.
- Es ist uns wichtig, dass die Nord/LB auch für die Dauer der bestehenden Marktverzerrungen maßgeblich zu einer angemessenen **Kreditversorgung** beitragen kann. Deshalb haben wir gemeinsam mit Sachsen-Anhalt für die Nord/LB Garantien von insgesamt 20 Mrd. Euro in den Jahren 2009 und 2010 gegen Gebühr und Sicherung ermöglicht, damit die Nord/LB sich auf der Passivseite mit ausreichend Kapital versorgen kann, um für kleine und mittlere Unternehmen dauerhaft bezahlbare Kredite zur Verfügung zu stellen. Dieses Programm der Bundesländer Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ist nur wegen der hervorragenden Position der NordLB und des gesicherten Eigenkapitals von 8% möglich.

- Mit dem Haushaltsgesetz 2009 hat Niedersachsen den **Bürgschaftsrahmen für gewerbliche Betriebe** um 300 Mio. Euro auf gut 2,1 Mrd. Euro aufgestockt. Gleichzeitig haben wir bei der EU-Kommission erfolgreich um eine Veränderung des Beihilferahmens gekämpft. Jetzt können wir besser Bürgschaften an den Mittelstand vergeben.
- Niedersachsen beteiligt sich aktiv am **15-Punkte-Programm der Bundesregierung**. Für das Programm Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung werden wir im niedersächsischen Landeshaushalt in den nächsten drei Jahren rund 500 Mio. Euro zur Verfügung stellen. So schaffen wir wichtige konjunkturelle Anreize, wie beispielsweise die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter in Höhe von 25 %, die auf zwei Jahre befristete Erweiterung der Sonderabschreibungen für KMU sowie die Verdoppelung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen.
- Im **Landeshaushalt 2009 stehen Investitionen im Mittelpunkt**. Niedersachsen wird in diesem Jahr insgesamt rund 2,1 Mrd. Euro und damit 8,6 % der Gesamtausgaben vor allem in die Infrastruktur investieren.

Initiative Niedersachsen

- Am 3. Februar 2009 hat die Niedersächsische Landesregierung die „**Initiative Niedersachsen**“ beschlossen. Mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 1,39 Mrd. Euro wollen wir das niedersächsische Handwerk, den Mittelstand und die Bauindustrie stärken und Arbeitsplätze sichern. Das ist das größte Mittelstandsprogramm in der Geschichte Niedersachsens. Die Mittel stellen der Bund, das Land und die Kommunen zur Verfügung. Mit der „Initiative Niedersachsen“ setzt Niedersachsen als eines der ersten Länder den „Pakt für Stabilität und Beschäftigung“ der Bundesregierung auf Landesebene um. Niedersachsen ist in dieser Hinsicht Spitze.
- Nach den Vorgaben des Bundes werden Investitionen der Länder und Kommunen in Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur, Schulinfrastruktur (insbesondere energetische Sanierung), Hochschulen (insbesondere energetische Sanierung), Forschung sowie kommunale und gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung mit **65 Prozent der Mittel** gefördert. Das entspricht rund 798 Millionen Euro.
- Weitere **35 Prozent der Investitionen** sind für Krankenhäuser, Städtebau (ohne Abwasser und ÖPNV), kommunale Straßen (beschränkt auf Lärmschutzmaßnahmen), Informationstechnologie und sonstige Infrastrukturinvestitionen vorgesehen. Das entspricht rund 429 Mio. Euro.
- **480 Mio. Euro** werden für die **Kommunen pauschal** bereitgestellt. Die „Initiative Niedersachsen“ ist dabei so gestaltet, dass jede Kommune, unabhängig von ihrer eigenen Leistungskraft, die Möglichkeit der Förderung erhält. Land und Kommunen haben sich hierfür auf einen entsprechenden Verteilungsschlüssel geeinigt. Für **besondere Förderschwerpunkte** werden im kommunalen Bereich zusätzlich **364 Mio. Euro** für Investitionen zur Verfügung stehen. Dafür werden 273 Mio. Euro Bundesmittel eingesetzt. An der Kofinanzierung beteiligen sich das Land mit insgesamt 47,65 Mio. Euro und die Kommunen mit 43,35 Mio. Euro. Weitere **263 Mio. Euro** werden für Investitionen in **Landesmaßnahmen** in die Infrastruktur im Bereich von Hochschulen, Forschung und Bildung (192 Mio. Euro) sowie für weitere besondere Einzelmaßnahmen (71 Mio. Euro) vorgesehen, die für eine programmgerechte Umsetzung besonders geeignet erscheinen. Der Bund finanziert 197 Mio. Euro, 66 Mio. Euro das Land.
- Zusätzlich zu den im Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder vorgesehenen Maßnahmen in Höhe von 1,227 Mrd. Euro wird das Land Niedersachsen die „Initiative Niedersachsen“ um voraussichtlich rund 163 Mio. Euro aufstocken.
- Um das Konjunkturpaket II zügig auf den Weg zu bringen, hat der Niedersächsische Landtag einen **Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009** verabschiedet. Insgesamt werden wir als Land dadurch 307 Mio. Euro an Landesmitteln für die Investitionen der Kommunen aber auch für eigene Projekte zur Verfügung stellen. Wir haben den Haushaltsansatz um 808 Mio. Euro und die Verpflichtungsermächtigungen um 531 Mio. Euro angehoben. Mit dem Nachtragshaushalt 2009 setzen wir wichtige Impulse für Wirtschaft und Arbeit in Niedersachsen. Wir zeigen Entschlossenheit und Verantwortung für Niedersachsen. Wir wollen, dass Niedersachsen gestärkt aus der wirtschaftlichen Rezession hervorgeht.

Wirtschaft

Wir stehen gut da! Die Arbeit der letzten Jahre hat eine **robuste Wirtschaft** in Niedersachsen hervorgebracht. Niedersachsen kann auf ein Wirtschaftswachstum zurückblicken, das zwischen 2005 und 2007 stabil über der Zwei-Prozentmarke lag. Niedersachsen lag 2008 beim Bruttoinlandsprodukt mit einem Plus von 1,6 % gegenüber dem Vorjahr auf Platz 2 im Ländervergleich. Im mittelfristigen Vergleich der sechs Jahre von 2002 bis 2008 liegt Niedersachsen mit real +9,7 % Wachstum im Länderranking auf Platz 4. Auch im mittelfristigen Vergleich war das Wachstum in Niedersachsen höher als der Durchschnitt im Bund (+8,5 %) und in Westdeutschland (+8,9 %).

Wir stärken den **Mittelstand**:

- In der **Darlehensförderung**, zu der im Wesentlichen der Niedersachsenkredit zählt, sind 2.587 Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen von 336 Mio. Euro ausgesprochen worden. Der Niedersachsen-Kredit war so erfolgreich wie noch nie. Es wurden hierdurch im Jahr 2008 2.600 Arbeitsplätze neu geschaffen und 21.700 gesichert.
- Wir haben für 2009 die **Fördersätze für die einzelbetriebliche Investitionsförderung** (GA) angehoben und die Fördertatbestände ausgeweitet. 2008 wurden in diesem Bereich Bewilligungen in Höhe von über 91 Mio. Euro ausgesprochen. Im Rahmen der wirtschaftsbezogenen Infrastrukturförderung wurden über 162 Mio. Euro ausgegeben. Insgesamt sind damit durch die GA Investitionen von 613 Mio. Euro ausgelöst worden.
- Wir haben unter anderem mit dem **Projekt „NHI – Norddeutsches Handwerk International“** die Aktivitäten zur Internationalisierung des Handwerks unterstützt.
- Die Landesregierung hat entschieden, dass die Aufgaben des „**Einheitlichen Ansprechpartners**“ durch das Wirtschaftsministerium und die Landkreise, kreisfreien und großen selbständigen Städte wahrgenommen werden. In Niedersachsen steht der Einheitliche Ansprechpartner nicht nur EU-Ausländern sondern auch inländischen Unternehmern offen. Alle Gesetze und Verordnungen, mit denen Dienstleistungstätigkeiten reglementiert werden, stehen jetzt auf dem Prüfstand. Hindernisse für grenzüberschreitende Dienstleistungen werden schnell ausgeräumt.
- Wir räumen der **Bekämpfung der Schwarzarbeit** hohe Priorität ein. Mit einer Initiative zur Erfassung der Ordnungswidrigkeiten in einer Datenbank sind wir bundesweiter Vorreiter.

Wir stärken den **Luftfahrtstandort Niedersachsen**:

- Die Landesregierung hat geholfen, die bisherigen **Airbus Standorte Varel und Nordenham** mit ihren 3.600 Beschäftigten zu sichern und zu stabilisieren, die zum 1. Januar 2009 Teil der neuen EADS-Konzerntochter Premium Aerotec GmbH geworden sind.
- Wir unterstützen den Einstieg in die Kohlefasertechnik mit einem Ausbau unserer Forschungs-Infrastruktur. Mit der **Gründung des CFK-Forschungszentrums in**

Stade entsteht in Niedersachsen eine weltweit führende Forschungseinrichtung, die wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Leichtbau-Technologien auch in den Werken von Premium Aerotec liefern wird.

- Das Land Niedersachsen hat zur **Förderung der Luftfahrt** in Niedersachsen insgesamt 100 Mio. Euro bis 2012 bereitgestellt. Hiervon werden alle Standorte profitieren, auch Nordenham und Varel. Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit werden an den Standorten Nordenham und Varel Technologiezentren gegründet, die den Wissenstransfer von der Grundlagenforschung zur Umsetzung sicherstellen werden.
- Die Niedersächsische Landesregierung hat die **Luftfahrtinitiative Niedersachsen** ins Leben gerufen. Ziel der Landesinitiative ist die langfristige Sicherung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Luft- und Raumfahrtstandortes Niedersachsen.
- Durch Errichtung eines **Avionik-Clusters** wird der Forschungsflughafen Braunschweig unterstützt und verbessert. Darin enthalten ist eine Verlängerung der jetzigen Startbahn für die Erfordernisse des Forschungsflughafens.

Die Landesregierung hat den Erhalt des **VW-Gesetzes** vorläufig gesichert. Die Bundesregierung hat im Frühjahr 2008 auf Betreiben des Ministerpräsidenten einen Entwurf für ein novelliertes VW-Gesetz vorgelegt. Das im Dezember 2008 in Kraft getretene neue VW-Gesetz stellt eine vollständige Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs dar. Die niedersächsische Haltung wurde im Januar 2009 gegenüber dem Präsidenten der EU-Kommission erneut deutlich gemacht. Parallel hat das Landgericht Hannover die Regelungen der VW-Satzung zur Sperrminorität bestätigt. VW-Gesetz und VW-Satzung werden weiterhin durch ihren stabilisierenden Charakter Produktionsstandorte und Arbeitsplätze von VW in Niedersachsen bewahren.

Wir stärken unsere **Küste und den Schiffbau**:

- Niedersachsen hat in Zusammenarbeit mit der Stadt Cuxhaven 2008 mit der Schwerlastplattform, der Schwerlaststraße sowie Gewerbe- und Industrieflächen in unmittelbarer Nähe zum seeschifftiefen Wasser eine einzigartige Infrastruktur für den **Offshore-Cluster Cuxhaven** geschaffen. Die Offshore-Windindustrie kann für die gesamte niedersächsische Küstenregion historisch einmalige Struktur- und Beschäftigungseffekte auslösen. In Cuxhaven entstehen in diesem Bereich über 1.000 neue Arbeitsplätze.
- Das Land Niedersachsen finanziert seit 2008 das **Innovationsprogramm für den Schiffbau** mit. 2008 wurden 596.000 Euro für Forschungs- und Entwicklungsprojekte bewilligt. Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung die Werften durch die Gewährung von Landesbürgschaften. 2008 wurden insgesamt ca. 38 Mio. Euro Bürgschaften bewilligt. Eine der größten und innovativsten Werften weltweit ist die Meyer-Werft in Papenburg, die mit dem Bau von Kreuzfahrtschiffen auch 2008 voll ausgelastet war und ihre Schiffe ungehindert über die Ems an die Kunden abliefern konnte.
- Ende 2008 hat das Niedersächsische Wirtschaftsministerium eine Studie zum Thema **„Marine, Mineralische Rohstoffe“** vergeben. Im Rahmen dieser Studie soll neben einer Bestandsanalyse der deutschen Kernakteure eine Potenzialabschätzung mit Darstellung der weiteren Marktentwicklung erstellt werden. Daraus sollen Handlungsempfehlungen im Sinne eines Aktionsplanes zur Stärkung der Meerestechnik entwickelt werden. Die Studie soll bis Sommer 2009 vorliegen.

Innovationsförderung stärkt den Standort Niedersachsen:

- Die Stiftung „**Zukunfts- und Innovationsfonds Niedersachsen**“, die Mitte 2007 gegründet wurde, hat ihre Tätigkeit erfolgreich aufgenommen. Im Jahr 2008 hat sich das Stiftungsgeschäft positiv entwickelt. Bisher wurden 14 Projekte aus den Bereichen Innovationsförderung, Forschung und Technologietransfer, schulische und außerschulische Bildung im Bereich Innovation sowie nachhaltige Entwicklung mit einem Fördervolumen von rund 11 Mio. Euro unterstützt.
- Die **Innovationskampagne**, die 2008 mit den Werbepreisen des „Leadaward“ und des „Jahrbuchs der Werbung“ ausgezeichnet wurde, wurde vor dem Hintergrund des außerordentlich erfolgreichen Verlaufs um zwei Jahre bis Ende 2010 verlängert. Es wurden über 20 neue Anzeigenmotive entwickelt und neue Sponsoren wie GE Wind Energy, Wohlenberg und VW gewonnen.

Die niedersächsischen EU-Programme (Europäische Strukturfonds **EFRE und ESF**) sind schneller genehmigt worden als die Programme aller anderen Bundesländer. Demzufolge konnte auch die Förderung in Niedersachsen schon frühzeitig aufgenommen werden.

Die **Umsetzung der EU-Förderperiode 2007 - 2013** ist in Niedersachsen sehr erfolgreich angelaufen. So konnten seit den Programmgenehmigungen im Juli/August 2007 Projekte in einem Umfang von mehr als 318 Mio. Euro aus EFRE und ESF bewilligt werden. Dies sind knapp 20 % der Gesamtmittel der Förderperiode 2007 - 2013.

Die Niedersächsische Landesregierung hat im Jahr 2008 eine **Breitbandstrategie** entwickelt und die ersten Bausteine umgesetzt. Im Zentrum unserer Breitbandstrategie steht das Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen in Osterholz-Scharmbeck. Unter dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ dient es als erste Anlaufstelle für Landkreise und Kommunen, in denen die Breitbandanbindung bisher nicht bzw. unzureichend realisiert ist.

Das Land hat 2008 zusammen mit der Nord/LB, der Deutschen Messe AG, dem Niedersächsischen Industrie- und Handelskammertag und der IHK-Arbeitsgemeinschaft Hannover-Braunschweig die Gesellschaft „**Niedersachsen Global GmbH**“ (**NGlobal**) gegründet. In der neuen Gesellschaft werden die bisher in der Investment Promotion Agency (IPA) und dem Wirtschaftsministerium - Bereich Außenwirtschaft - vorhandenen fachlichen Kompetenzen gebündelt und um weitere z.B. in der Messförderung ergänzt.

Im Jahr 2008 haben vier Heilbäder ihre Urkunde aufgrund der Bestimmungen der neuen Kurortverordnung erhalten. Mit dieser **Reprädikatisierung** wird bestätigt, dass sie die derzeit geltenden Qualitätskriterien erfüllen. Zwei weitere Heilbäder werden in Kürze ihr Prädikat erhalten. Außerdem wurden zwei Luftkurorte und zwei Erholungsorte erneut anerkannt.

Entbürokratisierung und Verwaltungsmodernisierung

Bei der Verwaltungsmodernisierung und beim Bürokratieabbau ist **Niedersachsen Vorreiter**. Wir haben die niedersächsische Verwaltung mit der Auflösung der Bezirksregierungen und dem Wechsel von einem drei- auf einen nur noch zweistufigen Verwaltungsaufbau zukunftsorientiert umstrukturiert. Durch die konsequente Verschlinkung unserer Verwaltung wurden einschließlich des Haushalts 2009 rund 6.140 Vollzeiteneinheiten bzw. Stellen und Stellenäquivalente im Landesdienst abgebaut. Die daraus resultierende Haushaltsentlastung beträgt bereits rund 266 Mio. Euro. Sie wird mit dem Haushalt 2010 auf rund 290 Mio. Euro ansteigen. Durch die Aufgabenbündelung und die Konzentration auf Kernaufgaben wurde das Verwaltungshandeln schneller und transparenter, durch die Aufgabenübertragung an Kommunen wurde deren Selbstverwaltung gestärkt.

- Einen Schwerpunkt der Verwaltungsmodernisierung bildet weiterhin die **Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit**. Dieses Vorhaben stärkt und unterstützt in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden freiwillige Kooperationen der Kommunen um Verwaltungskosten zu vermindern und so deren Leistungskraft zu steigern. Dies geschieht gegenwärtig insbesondere durch Unterstützung der Kommunen im organisatorischen und finanziellen Bereich: Kooperationsprojekte der Kommunen werden durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierungsvertretungen begleitet und moderiert. Hierdurch wurden auf kommunaler Ebene nicht zuletzt auch Überlegungen zu freiwilligen kommunalen Fusionen angestoßen. Außerdem erfolgt noch bis Ende 2009 eine finanzielle Förderung kommunaler Kooperationsvorhaben. Bisher wurden durch die Regierungsvertretungen Zuwendungen für 32 Projekte mit einem Volumen von 623.000 Euro ausgesprochen.
- Ende 2008 hatten wir gut die **Hälfte aller Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Niedersachsen abgeschafft**.
- Mit dem **Modellkommunen-Gesetz** haben wir den Kommunen mehr eigene Handlungsspielräume verschafft. Bereits während des dritten Erprobungsjahres 2008 hat sich gezeigt, dass sich vier der Modell-Regelungen bewährt haben: Wegfall einer Teilungsgenehmigung im Baurecht, Änderungen bei der Baulasterklärung, Wegfall der kommunalaufsichtlichen Genehmigung beim Verzicht von Stellenausschreibungen für kommunale Wahlbeamte und das Aussetzen des Niedersächsischen Gesetzes über Spielplätze. Diese vier Regelungen wurden zum 1. Januar 2009 in landesweit geltendes Recht umgesetzt.
- Mit Änderungsgesetz vom 10. Dezember 2008 wurde die **Neuorganisation der überörtlichen Kommunalprüfung** in Niedersachsen zum endgültigen Abschluss gebracht. Es handelt sich dabei um einen weiteren wichtigen Baustein der Verwaltungsmodernisierung Niedersachsens. Die Regelungen in diesem Gesetz straffen den Prüfungsablauf und verbessern das Zusammenwirken der Niedersächsischen Kommunalprüfungsanstalt mit der Kommunalaufsicht. Die Aufgabenwahrnehmung wird damit vereinfacht, die Wirtschaftlichkeit nochmals verbessert.

Arbeits- und Ausbildungsmarkt

- In Niedersachsen waren Ende November 2008 rund **2.453.000 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt**. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahresmonat betrug 44.370 Personen oder 1,8 %. Niedersachsen befindet sich damit im bundesweiten Vergleich auf Platz 1 der Flächenländer.
- 2008 ist die **Zahl der Erwerbstätigen** in Niedersachsen um 60.000 bzw. 1,6 % gestiegen. Damit liegt Niedersachsen über dem Durchschnitt aller Länder. Zurückzuführen ist diese positive Entwicklung auf einen noch stärkeren Anstieg von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und eine Abnahme der Zahl von Selbständigen und Beamten.
- Der Bedarf an ausgebildeten Fachkräften ist 2008 gegenüber dem Vorjahr noch einmal angestiegen. Besonders die Metall- und Elektrobranche, IT-Dienstleister, Zeit- arbeitsunternehmen aber auch die Baubranche haben Personal eingestellt. Auch unter Berücksichtigung dieser Entwicklung wird die Niedersächsische Landes- regierung im Jahr 2009 mit Partnern aus Wirtschaft und Gesellschaft eine **Quali- fizierungsoffensive Niedersachsen** beschließen. Schwerpunkte der Offensive sind unter anderem: Die Verminderung des akademischen Fachkräftemangels in technischen Fächern, die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, die Quali- fizierung und Integration von Arbeitslosen in Beschäftigung und die Förderung der Weiterbildung von Beschäftigten in Betrieben.
- Mit **der IdeenExpo 2009** als Technik-Event wollen wir dem Mangel an qualifiziertem Fachpersonal in naturwissenschaftlich-technischen Berufen entgegenwirken. Sie will den Forschergeist bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen entfachen und sie für Ausbildungs-, Forschungs- und Arbeitsmöglichkeiten in technischen, nat- urwissenschaftlichen und innovativen Berufsfeldern interessieren und motivieren. Mit dem Motto „Deine Ideen verändern“ werden junge Menschen aufgefordert, sich selbst einzubringen und eigene Ideen zu entwickeln.
- 2008 hatten wir in Niedersachsen mit 304.000 Arbeitslosen die **niedrigste Arbeits- losigkeit seit 16 Jahren**. Gegenüber 2007 ist die Zahl der Arbeitslosen um 49.000 zurückgegangen. Das entspricht einem Minus von 13,8 % gegenüber dem Vorjahr.
- Die **Jugendarbeitslosigkeit** hat den niedrigsten Stand seit 1998 erreicht. 2008 wa- ren durchschnittlich 32.000 junge Erwachsene arbeitslos. Das ist ein deutlicher Rückgang von 7.600 Personen oder 19,3 % gegenüber dem Vorjahr.
- Landesweit wurden 2008 rund **60.000 Ausbildungsverträge** abgeschlossen. Das ist das beste Ergebnis seit dem Jahr 2000. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 1.000 Plätze und Platz 1 für Niedersachsen im Vergleich der Flächen- länder. Die niedersächsischen Industrie- und Handelskammern haben für das Jahr 2008 ebenfalls einen **Rekordstand bei neu abgeschlossenen Ausbildungs- verträgen** verzeichnet. Die Zahl der Verträge hat sich um 3,9 % auf 32.439 erhöht. Gut 1.900 Unternehmen haben erstmals Lehrstellen angeboten.

- Zum Ende des Ausbildungsjahres 2007/2008 war erstmal seit sechs Jahren die Zahl der **unbesetzten Ausbildungsstellen** größer als die Zahl der unversorgten Bewerber.

Verkehrsinfrastruktur

- Im März 2008 haben die **Bauarbeiten für den JadeWeserPort in Wilhelmshaven begonnen**. Seitdem läuft auch die Vermarktung der umliegenden Flächen. Die Bauoptimierung wird dazu führen, dass die ersten 1.000 m der Kaje bereits im Herbst 2011 in Betrieb genommen werden. Die endgültige Fertigstellung ist für 2012 vorgesehen. Das ist gut eineinhalb Jahre eher als ursprünglich geplant. Die EU-Kommission hat kürzlich alle staatlichen Beihilfen genehmigt.
- Die Konzessionsvergabe zum **6-streifigen Ausbau der A1** zwischen Hamburg und Bremen ist an die Firma „A1 mobil“ erfolgt. Der Ausbau wird die ständige Verkehrsüberlastung dieses Abschnitts beseitigen und 2012 abgeschlossen sein.
- Für die neue **A39 von Wolfsburg nach Lüneburg** ist die Linienführung vom Bundesverkehrsministerium bestätigt worden. Die A39 wird die verkehrliche Anbindung an die Seehäfen verbessern.
- Das Raumordnungsverfahren für die **Küstenautobahn A22** wurde Ende Januar 2009 abgeschlossen.
- Im Rahmen der „Initiative Niedersachsen“ werden für Maßnahmen zur **Ertüchtigung des Netzes der Nichtbundeseigenen Eisenbahnen** 15 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Dies dient der weiteren Verbesserung der Hinterlandanbindung.
- Die Landesregierung hat sich nachhaltig für den Bau einer **Elbebrücke bei Neu Darchau** zur Anbindung des Amtes Neuhaus eingesetzt und fördert das Vorhaben mit Landesmitteln. Die Landkreise Lüneburg und Lüchow-Dannenberg haben eine Finanzierungsvereinbarung geschlossen.
- Im **Schienenpersonennahverkehr** haben wir Nachfragesteigerungen von bis zu 50 % zu verzeichnen. Die Landesregierung hat in dieser Legislaturperiode 150 Mio. Euro für die Verbesserung des Nahverkehrs eingesetzt. Ein erheblicher Teil davon wird in neue Fahrzeuge und Infrastruktur investiert.
- Niedersachsen verfügt bereits über eine der modernsten Fahrzeugflotten im Schienenpersonennahverkehr. Im Jahr 2008 wurden weitere Aufträge zur Beschaffung neuer Doppelstockwagen, Dieseltriebwagen und S-Bahn-Züge vergeben.
- Ende 2008 wurde das Programm „**Niedersachsen ist am Zug 2**“ mit einem Investitionsvolumen von 100 Mio. Euro aufgelegt. Bis 2013 sollen so 40 niedersächsische Bahnhöfe modernisiert werden.

Bildung

- Bis 2013 werden wir rund 45.000 weitere Plätze für die **Betreuung der Kinder unter drei Jahren** in der Tagespflege und in Kinderkrippen schaffen. Wir haben 2008 mit einem Pakt zwischen Land und Kommunen die Grundlagen für einen nachhaltigen Ausbau und die Finanzierung dieser Betreuungsplätze geschaffen. In den Krippenausbau fließen bis 2013 in Niedersachsen vom Bund 388 Mio. Euro, aus dem Land 462 Mio. Euro und von den Kommunen 440 Mio. Euro. Das sind über 1,2 Mrd. Euro.
- Mit der Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes im August 2008 haben wir die Voraussetzungen geschaffen, dass ab 2010 der Einschulungstichtag schrittweise vom 30. Juni auf den 30. September eines jeden Jahres verlegt wird. Dadurch ermöglichen wir eine **frühere Einschulung** der Kinder.
- Das **Niedersächsische Institut für Frühkindliche Bildung und Entwicklung** an der Universität Osnabrück hat im Jahr 2008 seine Arbeit aufgenommen. Das landesweit vernetzte Institut soll die Forschung im frühkindlichen Bereich, Kooperationen der Akteure in der Forschung, Aus- und Weiterbildung, Erwachsenen- und Familienbildung sowie den Transfer der Forschungs- und Praxisergebnisse weiterentwickeln.
- Wir werden den Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, bis 2012 auf 5 % senken. Deshalb haben wir unter anderem im August 2008 das **Projekt „Vertiefte Berufsorientierung und Praxisbegleitung an Hauptschulen (VBOP)“** ausgebaut. An 46 Standorten machen wir damit gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit ein besonderes Unterstützungsangebot für lernschwache Jugendliche zum Erwerb des Schulabschlusses.
- Zur Umsetzung des Abiturs nach 12 Schuljahren haben wir im Juni 2008 zusammen mit Schülern, Eltern und den Verbänden einen **Aktionsplan** vereinbart, der insbesondere beinhaltet, dass die Gesamtstundenzahl reduziert, der Nachmittagsunterricht für die Schuljahrgänge 5 bis 9 eingeschränkt, der Wahlunterricht und die Arbeitsgemeinschaften ausgebaut sowie die Anzahl der Klausuren in der Oberstufe verringert werden.
- Zum Beginn des Schuljahres 2008/09 haben wir **126 weitere Ganztagschulen** genehmigt, so dass es in Niedersachsen insgesamt 665 Ganztagschulen gibt. Damit haben wir das Angebot seit 2003 vervierfacht.
- Die Schulträger sind mit der Änderung des Schulgesetzes vom August 2008 frei in der Entscheidung, ob sie eine Gesamtschule errichten wollen. Durch die **Aufhebung des Errichtungsverbots für Gesamtschulen** kann künftig auf Antrag dem Schulträger die Gründung von Gesamtschulen ermöglicht werden, sofern das Regelschulsystem dauerhaft nicht gefährdet wird und der nachhaltige Elternwille und Bedarf bestehen. Bis zum 17. Dezember 2008 wurden vier Integrierte Gesamtschulen genehmigt.

- Im Juni 2008 haben 120 Lehrerinnen und Lehrer ihre Ausbildung zu **Trainern für Unterrichtsqualität** abgeschlossen. Sie stehen den Schulen in Niedersachsen beratend zur Seite. Eines der Ziele ist es, Lehrkräfte dahingehend zu schulen, die Schülerinnen und Schüler beim aktiven Lernen stärker zu unterstützen.
- Zur Verbesserung der Unterrichtsqualität haben wir 2008 außerdem die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass an der Landesschulbehörde weitere **32 Fachberaterinnen und Fachberater** eingesetzt werden können.
- Um die Qualität der Bildungsangebote der niedersächsischen Schulen zu steigern, haben wir die **Niedersächsische Schulinspektion** eingerichtet, die im Dezember 2008 ihren ersten Bericht vorgelegt hat. Im Januar 2009 hat hierzu ein Expertenhearing stattgefunden. Der Bericht wird dazu beitragen, den Schulen konsequent Hilfestellungen und Instrumente zur weiteren Qualitätsverbesserung an die Hand zu geben.
- Gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit haben das Kultusministerium und das Ministerium für Inneres, Sport und Integration eine **Elternbroschüre** erstellt, die jeweils zweisprachig (deutsch/türkisch, deutsch/italienisch, deutsch/englisch, deutsch/russisch und deutsch/arabisch) über das niedersächsische Bildungssystem mit all seinen Schulformen und besonderen Angeboten, wie z.B. die Sprachförderung, informiert.
- Wir haben im August 2008 eine flexible Regelung zum Ausgleich der von den Lehrkräften seit 1998 geleisteten zusätzlichen Unterrichtsstunden geschaffen. Mit **250 zusätzlichen Stellen** für Lehrkräfte zum laufenden und 250 weiteren zum nächsten Schuljahr unterrichten in Niedersachsen so viele Lehrerinnen und Lehrer wie nie zuvor.
- Mit der Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes im August 2008 haben wir die **berufliche Bildung neu geordnet**. Jugendliche, die trotz Schulabschluss keinen Ausbildungsplatz erhalten, sollen in der Berufsfachschule qualifiziert werden. Durch eine berufsspezifischere Ausbildung wollen wir die freiwillige Anrechnung der Berufsfachschule auf die Ausbildungszeit erreichen. Für Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss ermöglichen wir in der Berufseinstiegsschule eine Förderung mit dem Ziel eines Hauptschulabschlusses bzw. der Hinführung zu einer beruflichen Tätigkeit.
- Mit der Einrichtung einer **Zentralstelle für politische Weiterbildung** bei der Agentur für Erwachsenenbildung sollen die vielfältigen Aktivitäten der Einrichtungen im Bereich der politischen Bildung in der Erwachsenenbildung koordiniert und politischer Weiterbildung auf der Grundlage des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes neue Impulse gegeben werden.

Wissenschaft und Forschung

- Die **Niedersächsische Technische Hochschule (NTH)** wurde mit dem Ziel der Zusammenarbeit der technisch-naturwissenschaftlichen Fakultäten der TU Braunschweig, der TU Clausthal und der Leibniz-Universität Hannover gegründet. Mit dem NTH-Gesetz, das der Niedersächsische Landtag im Dezember 2008 beschlossen hat, ist es gelungen, die wissenschaftspolitische Forderung nach Schwerpunktbildung, Vernetzung und Transdisziplinarität zu institutionalisieren. Niedersachsen hat es geschafft, die Spitzenforschung dreier Hochschulen zu bündeln und rechtlich abzusichern.
- Im Jahr 2008 konnten die niedersächsischen Hochschulen im zweiten Jahr in Folge bei den **Studienanfängerzahlen** zulegen. Nach den Meldungen der Hochschulen haben sich an den niedersächsischen Hochschulen insgesamt 2,5 % mehr Studienanfänger eingeschrieben als im Vorjahr. Hervorragend schneiden dabei die Fachhochschulen ab: Im Vergleich zum Vorjahr haben sich im Jahr 2008 (Sommersemester 2008 und Wintersemester 2008/2009) rund 15 % mehr Studierende im ersten Hochschulsesemester an den niedersächsischen Fachhochschulen immatrikuliert.
- Aus den **Studienbeiträgen** haben die Hochschulen im vergangenen Jahr Mehreinnahmen in Höhe von über 93 Mio. Euro erzielt, die ihnen uneingeschränkt verblieben sind. Die Einnahmen aus Studienbeiträgen wurden zur Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen aufgewendet.
- Niedersachsen ist bei der Umstellung der Studiengänge auf die neuen **Bachelor- und Masterabschlüsse** bundesweit führend. Die Einführung der neuen Studiengänge zeigt, dass Niedersachsen in der Hochschulpolitik eine Spitzenposition einnimmt. Fast 94 % der Studienangebote (Wintersemester 2008/2009) sind bereits auf die modernen Abschlüsse umgestellt worden.
- Mit dem innovativen Konzept der **Offenen Hochschule** wurde ein wichtiger niedersächsischer Beitrag zur Qualifizierungsinitiative für Deutschland und zum Lebenslangen Lernen initiiert. Durch Öffnung der Hochschulen für neue Zielgruppen, durch spezielle Studienangebote, Erleichterung von Übergängen zwischen beruflicher und Hochschulbildung unter Einbindung von Angeboten der Erwachsenen- und Weiterbildung wollen wir die notwendige Verzahnung zwischen wissenschaftlicher und beruflicher Aus- und Weiterbildung erreichen.
- Die Landesregierung hat rechtzeitig Vorkehrungen getroffen, um den Anstieg der Studienplatznachfrage und damit auch den „**doppelten Abiturjahrgang**“ bewältigen zu können: Das Land wird in den Jahren 2007 - 2010 insgesamt 11.219 Studienanfänger zusätzlich aufnehmen. Hierfür werden den Hochschulen in Niedersachsen bis zum Jahr 2010 etwa 108 Mio. Euro, je zur Hälfte vom Bund und vom Land, zur Verfügung gestellt.

- Mit dem Programm „**Die Niedersachsenprofessur – Forschung 65 plus**“ richtet Niedersachsen als erstes Bundesland ein Förderprogramm für Spitzenforscher kurz vor dem Ruhestand ein. Damit ermöglicht die Landesregierung herausragenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Zukunft auch über die gesetzliche Altersgrenze hinaus in Forschung und Lehre an niedersächsischen Hochschulen tätig zu sein.
- Mit dem Ziel der Stärkung eines der wichtigsten Wirtschaftszweige in Niedersachsen finanziert das Land hälftig den Forschungsbau des **Zentrums für Fahrzeugtechnik**. Schwerpunkt der Forschung wird die Entwicklung zukünftiger fahrzeugbezogener Technologien und Nutzungsmodelle für die nachhaltige Sicherstellung der individuellen Mobilitätsbedürfnisse in Ballungsräumen sein. Das zugrunde liegende Konzept basiert auf einer engen Vernetzung der Forschungsaktivitäten von Hochschulen (TU Braunschweig, FH Braunschweig-Wolfenbüttel, Leibniz Universität Hannover und TU Clausthal) und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.
- Das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung in Braunschweig und die Medizinische Hochschule Hannover (MHH) haben gemeinsam ein **Zentrum für experimentelle und klinische Infektionsforschung** gegründet - das **TwinCore**. Etabliert wird das Institut in Hannover in unmittelbarer Nachbarschaft zur MHH. Im TwinCore arbeiten Grundlagenforscher und klinische Wissenschaftler zusammen unter einem Dach. Dort wird die Grundlagenforschung zur Infektionsbiologie des Helmholtz-Zentrums mit der Expertise der MHH in der klinischen Infektionsforschung kombiniert.
- Mit der neuen **Forschungsallianz** zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen werden durch die bisher größte Einzelinvestition des Landes in Life Sciences neue Maßstäbe gesetzt. Die Allianz soll das vorhandene Know-how und die Infrastruktur der Region Hannover-Braunschweig im Bereich der Gesundheitsforschung, vor allem in der Pharmaentwicklung, bündeln.

Innen und Sport

- Wir haben die **Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen spürbar verbessert**. Im Interesse von Freiheit und Sicherheit aller Niedersachsen haben wir die Sicherheitsarchitektur grundlegend neu ausgerichtet. Die Ergebnisse der Evaluation der Umorganisation der Polizei liegen vor. Als Fazit ist festzustellen, dass sich das Strukturkonzept bewährt hat, die personelle Verstärkung („1.000er-Programm“) Wirkung entfaltet und die Polizei Niedersachsen zukunftsfristig ausgerichtet ist. Im Rahmen des 1.000er-Programms wird die Polizei in Niedersachsen personell erheblich verstärkt. Inzwischen sind **800 zusätzliche Polizeianwärterinnen und -anwärter eingestellt** worden. Aus dem Bereich der allgemeinen Verwaltung wurden und werden 200 Kräfte in die Polizei übernommen, um zusätzliche Polizeivollzugsbeamte freizustellen. Damit haben wir **aktuell die meisten Polizisten in der Geschichte des Landes**.
- Die **Aufklärungsquote** liegt für 2008 mit **58,5 % auf einem neuen Rekordwert**. Wir haben die polizeiliche Präsenz vor Ort verbessert und mit einer fachlichen Spezialisierung auf die Kriminalitätsbekämpfung professionalisiert. Die nachhaltige Bekämpfung von politischen Extremisten und Terroristen wird durch personelle Verstärkungen und moderne Sicherheitsgesetze kontinuierlich gewährleistet. Die Freiheitsrechte unserer Bürgerinnen und Bürger bleiben geschützt. Mit der geplanten Innovationsoffensive Polizei werden wir die technische Modernisierung der Sicherheitsbehörden forcieren.
- Die **Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität** ist in Niedersachsen erklärte Schwerpunktsetzung für die Landespolizei. Wir setzen auf eine ausgewogene Balance von Prävention und Repression. Mit einem abgestuften Maßnahmenkonzept dämmen wir vermehrt den Alkoholmissbrauch von Kindern und Jugendlichen ein. Darüber hinaus wurden und werden in gemeinsamer Verantwortung und durch Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendschutzes und der Polizeidirektionen Alkohol-Testkäufe durchgeführt, um möglichen Missbrauch des Verkaufs von Alkohol an Minderjährige stärker zu kontrollieren. Mit der derzeitigen Erarbeitung eines landeseinheitlichen Maßnahmenkonzepts für minderjährige Mehrfach- und Intensivtäter soll der signifikanten Steigerung der Anzahl minderjähriger Tatverdächtiger insbesondere bei Rohheitsdelikten entgegengewirkt werden.
- Nach der Föderalismusreform I hat Niedersachsen als eines der ersten Bundesländer eine tiefgreifende **Reform des Beamtenrechts** mit einer umfassenden Neuordnung und Flexibilisierung des Laufbahnrechts in Angriff genommen. Der Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Niedersächsischen Beamtenrechts ist zur Beratung in den Niedersächsischen Landtag eingebracht worden. Nach Verabschiedung durch den Landtag kann das Gesetz am 1. April dieses Jahres zusammen mit dem Beamtenstatusgesetz des Bundes in Kraft treten. Damit ist Niedersachsen Vorreiter in Deutschland.

- Wir setzen die Neukonzeption der Bundesausstattung im ergänzenden **Katastrophenschutz** um. Die Zuwendungen des Landes an die Hilfsorganisationen für die Beschaffung von Fahrzeugen haben sich ab 2008 jährlich um 2 Mio. Euro erhöht. Auf Druck Niedersachsens konnten die ursprünglich massiven Reduzierungspläne des Bundes verhindert werden. Ziel ist es, die bewährten Katastrophenschutzstrukturen im Lande weitestgehend zu erhalten und zugleich dem seit Ende der 1990er Jahre bestehenden Nachholbedarf insbesondere im Sanitäts- und Betreuungsbereich der Hilfsorganisationen Rechnung zu tragen.
- Die **Niedersächsische Landesfeuerweherschule** – Standort Loy wird umfassend erneuert. Der erste Bauabschnitt der geplanten Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen begann im Januar 2009. Die Baukosten betragen rund 3,6 Mio. Euro. Die Modernisierung der Landesfeuerweherschule ist ein wichtiger Schritt für einen attraktiven und professionellen Feuerwehrdienst in Niedersachsen.
- Das niedersächsische Brandschutzsystem, das in erster Linie auf dem ehrenamtlichen Engagement aufbaut, gilt es für die Zukunft zu erhalten, weiterzuentwickeln und auszubauen. Hierbei führen die Auswirkungen des demografischen Wandels zu besonderen Herausforderungen. Das Ministerium für Inneres, Sport und Integration hat daher das **strategische Projekt „Sicherstellung des Brandschutzes unter besonderer Berücksichtigung des demografischen Wandels in Niedersachsen“** gestartet. Inhaltliche Schwerpunkte eines Gesamtkonzeptes zur Sicherung des Brandschutzes in Niedersachsen werden die Förderung des Ehrenamtes, die Nachwuchsgewinnung, die verstärkte Gewinnung von Frauen sowie die Integration von Migranten in der Feuerwehr sein.
- Wir haben die **Stiftungslandschaft neu ausgerichtet**. Stiftungen sind mehr denn je unverzichtbare Partner des Staates bei der Bewältigung von Aufgaben im kulturellen, wissenschaftlichen, ökologischen und sozialen Bereich. Dies gilt auch für die vom Land errichteten Stiftungen, die zu den großen Empfängern der Finanzhilfen aus der Konzessionsabgabe nach dem Glücksspielgesetz gehören. Eine neue Akzentuierung bei der Verteilung dieser Mittel beseitigt Mehrfachzuständigkeiten und Überschneidungen in der Förderpraxis. Der Niedersächsische Landtag hatte mit dem Beschluss des Landeshaushalts 2009 im Dezember 2008 den Grundstein für die nun erfolgten Umstrukturierungen gelegt und gleichzeitig den Betrag, den die drei Landesstiftungen „Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung“, „Stiftung Niedersachsen“ und „Niedersächsische Bingostiftung für Umwelt und Entwicklungsarbeit“ aus den Glücksspielabgaben erhalten, um rund 500.000 Euro erhöht. Insgesamt erhalten die drei Stiftungen damit Zuwendungen des Landes aus der Glücksspielabgabe von mehr als 9 Mio. Euro.
- Niedersachsen fördert ein flächendeckendes Netz von gut und zeitgemäß ausgestatteten Sportstätten. Das **Sanierungsprogramm für Sportstätten** stellt für 2007 - 2011 über die bisherige Sportförderung hinaus jährlich 5 Mio. Euro für die Sanierung und den Bau von Sportstätten zur Verfügung. Die Mittel sollen je zur Hälfte in kommunale sowie Vereins- bzw. Verbandssportstätten investiert werden. Für 2008 und 2009 hat der Landtag in den Haushaltsberatungen noch einmal jeweils 2,5 Mio. Euro zusätzlich für die Sanierung der kommunalen Sportstätten zur Verfügung gestellt.

Recht und Justiz

- Im **Haushaltsplan 2009** haben wir insgesamt 19 neue Richterstellen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, 9 zusätzliche Richterstellen in der Sozialgerichtsbarkeit, 5 zusätzliche Stellen für Amtsanwälte und 10 neue Stellen für Rechtspfleger geschaffen. Zudem werden 28 neue Stellen zur personellen Verstärkung der Staatsanwaltschaften Braunschweig, Hannover, Stade und Osnabrück eingerichtet.
- Gemeinsam mit der gerichtlichen Praxis haben wir einen Gesetzentwurf zur **Neufassung des Niedersächsischen Richtergesetzes** entwickelt, der dem Landtag seit November 2008 zur Beratung vorliegt. Damit schaffen wir ein modernes und transparentes Mitbestimmungsrecht.
- Für den **Ausbau und den Erhalt der sicherheitstechnischen Einrichtungen im Justizvollzug** haben wir für das Jahr 2009 Mittel in Höhe von 500.000 Euro, ab 2010 Mittel in Höhe von 750.000 Euro zusätzlich bereitgestellt. Die sichere Unterbringung der Gefangenen und zugleich der Schutz der Bevölkerung behalten bei dieser Landesregierung weiterhin höchste Priorität.
- Die engagierte und erfolgreiche Arbeit der Justizvollzugsbediensteten haben wir nicht zuletzt durch **101 Beförderungsstellen im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst** anerkannt und wertgeschätzt.
- Das am 1. Januar 2008 in Kraft getretene Niedersächsische Justizvollzugsgesetz haben wir im Hinblick auf die gerichtliche Zuständigkeitsregelung im Bereich der Untersuchungshaft unverzüglich evaluiert. Auf Basis dieser Evaluierung wurde Im Februar 2009 ein entsprechendes **Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes** vom Niedersächsischen Landtag verabschiedet, das zum 1. März 2009 in Kraft tritt.
- Das Kabinett hat am 8. Juli 2008 beschlossen, einen **neuen Ambulanten Justizsozialdienst einzurichten**, der seit dem 1. Januar 2009 alle sozialarbeiterischen Aufgaben der Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht, der Gerichtshilfe und der Opferhilfe unter einem Dach vereint.
- Wir haben die **Sozialtherapie für Sexual- und andere Gewaltstraftäter** weiter ausgebaut und damit den Opferschutz verbessert. In der Sozialtherapie haben wir zudem zusätzliche Stellen geschaffen. Damit wird ein wichtiger Baustein für die Resozialisierung der Gefangenen geleistet und im Hinblick auf den Entlassungszeitpunkt die Sicherheit der Bevölkerung erhöht.
- Wir haben ein **zukunftsfähiges Konzept zur Neuorganisation des Justizvollzugs vorgestellt**, das die Qualität des Justizvollzugs erhöht und dadurch mehr Sicherheit

schaft. Die soziale Integration der Gefangenen wird verbessert und die vorhandenen Haftplatzkapazitäten werden wirtschaftlicher ausgelastet.

- Wir haben in Abstimmung mit dem Landesrechnungshof die Voraussetzungen für den Bau und Betrieb einer neuen **Justizvollzugsanstalt in Bremervörde als ÖPP-Projekt** geschaffen.

Kommunen

- Mit dem **Haushaltsbegleitgesetz 2009** haben wir die Investitionsbindung für Finanzhilfen (12,3 %) im kommunalen Finanzausgleich entfallen lassen. Dies dient einer flexibleren Mittelplanung und -bewirtschaftung durch die Kommunen und einem deutlich geringerem Verwaltungsaufwand. Die Maßnahme ist ein erster Schritt zur nachhaltigen Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs.
- Mit dem **neuen Krediterlass** vom 22.10.2008 wurde den Kommunen ein flexibler und präziser Handlungsrahmen für die eigenverantwortliche Gestaltung ihrer Kreditwirtschaft im Rahmen der kommunalen Finanzhoheit gegeben. Dies gilt insbesondere für die stärkere Nutzung von Public Private Partnership und Leasing. Der Handlungsrahmen berücksichtigt auch die besonderen Herausforderungen der aktuellen Finanzkrise, z.B. bei Zinsderivaten. Gegenüber den bisherigen Erlassen führt die Neufassung zu einer deutlichen Deregulierung und Verbesserung von Einsparpotentialen.
- Bei der „**Initiative Niedersachsen**“ sind die Kommunen die großen Profiteure. Die Kommunen erhalten gut 78 % der vom Bund bereitgestellten 920 Mio. Euro und damit 8 % mehr als die vom Bund geforderten 70 %. 480 Mio. Euro werden für die Kommunen pauschal bereitgestellt. Für besondere Förderschwerpunkte erhalten die Kommunen zusätzlich 364 Mio. Euro Bundesmittel. Die „Initiative Niedersachsen“ ist dabei so gestaltet, dass jede Kommune, unabhängig von ihrer eigenen Leistungskraft, die Möglichkeit der Förderung erhält. Land und Kommunen haben sich hierfür auf einen entsprechenden Verteilungsschlüssel geeinigt. Es ist eine unbürokratische und flexible Abwicklung der Pauschalzuweisungen an die Kommunen ohne unnötigen Verwaltungsaufwand vorgesehen. Den kommunalen Körperschaften soll ein größtmöglicher Spielraum bei der Verwendung der Mittel gewährt werden.

Integration

Im Haushalt 2009 stehen über 66 Mio. Euro für die Integrationsarbeit zur Verfügung. Davon fließt der weitaus größte Teil, ca. 52 Mio. Euro, in den Bildungssektor, denn Sprache und Bildung sind die Fundamente erfolgreicher Integration.

- Im Mai 2008 hat die Landesregierung die „**Charta der Vielfalt**“ unterzeichnet. Junge Menschen mit Migrationshintergrund sollen verstärkt im öffentlichen Dienst eingestellt werden. Die interkulturelle Kompetenz der Landesverwaltung soll in allen Bereichen gestärkt werden. Die gemeinsam mit den Unternehmerverbänden Niedersachsen vorgenommene Selbstverpflichtung ist auch ein Signal an die Wirtschaft, Vielfalt in den Betrieben als Chance zu nutzen.
- Im November 2008 hat die Landesregierung das **Handlungsprogramm Integration für Niedersachsen** aktualisiert und fortgeschrieben: Vorschulische und schulische Sprachförderung, islamischer Religionsunterricht an Schulen, der Ausbau der Integrationsinfrastruktur (Leitstellen und Lotsen), die Einrichtung neuer Studiengänge an Hochschulen, interkulturelle Öffnung und Kompetenz im öffentlichen Dienst sowie Integration durch Sport sind Kernelemente einer aktiven Integrationspolitik, die sich am Leitgedanken „Fördern und Fordern“ ausrichtet.
- Mit dem Ziel, die Integration zu optimieren, das Ehrenamt zu stärken und Kommunen zu unterstützen, fördert die Landesregierung das Projekt „**Integrationslotsen in Niedersachsen**“. Über 1.000 ehrenamtlich Engagierte – ein beachtlicher Teil davon Zuwanderer – haben sich seit Mai 2007 zu Integrationslotsen qualifizieren lassen. Allein im Jahr 2008 wurden 60 Qualifizierungskurse durchgeführt.
- Integration findet vor Ort statt, die Kommunen sind für eine aktive Integrationspolitik von entscheidender Bedeutung. Mit dem im September 2008 erstmalig verliehenen **Niedersächsischen Integrationspreis** wurden aus 50 Wettbewerbsbeiträgen besonders gute Beispiele ausgewählt und prämiert, um für alle Kommunen im Land aufzuzeigen, wie Integration vor Ort funktionieren kann.
- Die Landesregierung stellt die Weichen für eine verbesserte Berufsorientierung und Sprachförderung junger Zuwanderer. So wurde in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Juli 2008 an sieben Standorten das **Modellprojekt „Chancen nutzen, Perspektiven schaffen – Berufsorientierung und Sprachförderung für Jugendliche mit Migrationshintergrund“** gestartet. Mit neuen Studiengängen werden wir überdies hoch qualifizierten Zuwanderern mit akademischen Abschlüssen im Bereich Informatik und Ingenieurwissenschaften die Arbeitsmarktintegration erleichtern.
- Im Januar 2008 ist die **Richtlinie Integration und Sport** mit einem Fördervolumen von 500.000 Euro für die Jahre 2008 - 2010 in Kraft getreten. Zudem stellt das Land

eine neue Projektdatenbank zur Verfügung, die zur Vernetzung und Dokumentation von integrativen Maßnahmen im Sportbereich beiträgt. Und mit dem landesweiten Projekt zur sozialen Integration von Mädchen durch Fußball an acht Standorten ist Niedersachsen bundesweit führend.

Nachhaltigkeit

Die Niedersächsische Landesregierung arbeitet an der **Etablierung des Nachhaltigkeitsprinzips auf allen Politikfeldern**. Im Jahr 2006 hat sie einen ersten, umfassenden Nachhaltigkeitsbericht vorgelegt, der den Stand der Anwendung des Prinzips auf allen Politikfeldern des Landes wiedergibt.

- Auf dem Bericht aufbauend hat die Landesregierung Ende 2007 die Nachhaltigkeitsstrategie für Niedersachsen unter dem Titel „Umweltgerechter Wohlstand für Generationen“ verabschiedet. Diese benennt für sämtliche Politikfelder Ziele und auch konkrete Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen. Sie fasst die laufende Legislaturperiode ins Auge und strebt an, den Fortschritt mit geeigneten Indikatoren zu belegen.
- Eines der wichtigsten Vorhaben der Nachhaltigkeitsstrategie ist die „Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit“ zwischen der Landesregierung, den Organisationen der Wirtschaft und dem Deutschen Gewerkschaftsbund Niedersachsen. Am 8. Dezember 2008 wurde die Rahmenvereinbarung zur „Niedersachsen Allianz für Nachhaltigkeit“ unterzeichnet. Die Rahmenvereinbarung wurde im Laufe des Jahres 2008 in Abstimmung mit den beteiligten neun Partnern, der Landesregierung, vertreten durch die Staatskanzlei, das Wirtschafts- und das Umweltministerium, den Organisationen der niedersächsischen Wirtschaft sowie dem DGB Niedersachsen formuliert.
- Die Niedersächsische Landesregierung, die niedersächsische Wirtschaft und die Gewerkschaften wollen in konkreten Vereinbarungen bzw. Projekten Lösungswege erarbeiten, die zum Bürokratieabbau, zur Verbesserung und Verschlinkung von Verfahren und Strukturen beitragen, die die Effizienz der eingesetzten Mittel, Finanzen, Rohstoffe und Energie steigern, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessern, Umwelt, Natur und Klima schonen und erhalten und so insgesamt die Entwicklungschancen Niedersachsens dauerhaft verbessern.

Umwelt, Energie, Klima- und Naturschutz

- Im Herbst 2008 wurde die **Regierungskommission „Klimaschutz“** von der Landesregierung eingesetzt. In der Kommission sind die wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen des Landes Niedersachsen vertreten. Sie soll die Niedersächsische Landesregierung hinsichtlich der Strategien zur Energie- und Ressourceneffizienz beraten. Ein erster Bericht liegt vor.
- Beim **Ausbau der Erneuerbaren Energien** konnte das Land Niedersachsen im Jahr 2008 seine Spitzenstellung weiter ausbauen. So sind heute bei der installierten Leistung zur Stromerzeugung in Deutschland mehr als 25 % der Windkraftanlagen und mehr als 37 % der Biogasanlagen in Niedersachsen errichtet.
- Die Entwürfe der **Bewirtschaftungspläne und der Maßnahmenprogramme für die Flussgebietseinheiten Elbe, Weser, Ems und Rhein** sind erstellt worden. Damit befindet sich Niedersachsen voll im Zeitplan zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, sodass mit dem Vollzug der Maßnahmen ab dem Jahre 2010 fristgerecht begonnen werden kann.
- Zum 1. Februar 2008 wurden gemeinsam mit Schleswig-Holstein und den Niederlanden die Bewerbungsunterlagen für die **Anmeldung des Wattenmeeres als UNESCO Weltnaturerbe** bei dem UNESCO Komitee in Paris eingereicht.
- Die Landesregierung hat 2008 die planmäßigen **Investitionen in den Küstenschutz** auf rund 60 Mio. Euro deutlich angehoben. Der Bund wird den Küstenländern in einem Sonderrahmenplan Küstenschutz für den Zeitraum 2009 - 2025 zusätzliche Mittel in Höhe von 380 Mio. Euro bereitstellen.
- Im **Hochwasserschutz** wurde in **Mahnkenwerder**, einer der letzten Abschnitte der Elbedeiche für den Schutz des Amt Neuhaus, in Angriff genommen. Insgesamt konnten bereits 41,1 km der insgesamt 46,6 km Elbedeiche im Amt Neuhaus fertig gestellt werden. Der Hochwasserschutz für Hitzacker wurde deutlich verbessert.
- Nach der 2007 erlassenen Kooperationsverordnung beschränkt sich das Land auf Steuerungsaufgaben und übergibt den in den **Trinkwasserkooperationen** vor Ort zusammengeschlossenen Wasserversorgern und Landwirten mehr Verantwortung. Bislang sind 16 Schutzkonzepte mit den betreffenden Wasserversorgungsunternehmen abgeschlossen. Für die Realisierung dieser Schutzkonzepte wurden 2008 rund 7 Mio. Euro verausgabt.
- Das Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz hat im September 2008 einen ausführlichen **Statusbericht zur Schachtanlage Asse II** vorgelegt. Als

eine Konsequenz des Statusberichts erfolgte zum 1. Januar 2009 ein Wechsel des Betreibers. Durch eine Änderung des Atomgesetzes soll sichergestellt werden, dass die Stilllegung der Schachanlage Asse II in einem atomrechtlichen Planfeststellungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt.

- Das **Programm „Natur erleben“** wurde als Dachmarke für den Natur- und Umweltschutz kontinuierlich weiterentwickelt. Das gesamte Fördervolumen betrug über 2,5 Mio. Euro, davon 1,9 Mio. Euro aus EU-Mitteln und ca. 600.000 Euro aus Landesmitteln.

Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Raumordnung

- Zur Umsetzung des Gesamtkonzepts für die **Modernisierung des Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES)** hat die Landesregierung im Juli 2008 die Priorität auf einen Neubau für das Veterinäruntersuchungsinstitut in Oldenburg gelegt.
- Der zu Beginn der letzten Legislaturperiode erstellte **„Aktionsplan sicherere Lebensmittel“** wird erfolgreich Schritt für Schritt umgesetzt. Durch systematisches Vorgehen und bessere Kommunikation aller Überwachungseinrichtungen untereinander wird der Verbraucherschutz ständig verbessert.
- In den letzten Jahren wurden zunehmend Probleme in den Überschwemmungsgebieten niedersächsischer Flüsse durch erhöhte **Dioxin-/PCB-Werte** bekannt. Niedersachsen geht diese Probleme aktiv an: Zum Schutz der Verbraucher unterliegen Produkte aus Risikobetrieben einem spezifischen Überwachungssystem. Mit den Betroffenen hat das Landwirtschaftsministerium Verantwortungsgemeinschaften gegründet. Die Öffentlichkeit wird kontinuierlich informiert. Das Landwirtschafts- und das Umweltministerium erforschen weiter die Ursachen.
- Infolge des Klimawandels kommen durch Tierseuchen, wie der Blauzungenkrankheit, neue Herausforderungen mit komplexen Anforderungen auf Niedersachsen zu. Bereits Mitte 2008 konnten neu entwickelte Impfstoffe bei Rindern und Schafen eingesetzt und dadurch hohe Verluste vermieden werden. Das Land hat sich an der **Finanzierung der Impfstoffbeschaffung** maßgeblich beteiligt und wird dies auch 2009 tun.
- Die Niedersächsische Landesregierung hat sich 2007 für die Einführung einer digitalen kameragestützten Waldbrandüberwachung entschieden. Die Vorarbeiten sind abgeschlossen. Das von der EU geförderte automatisierte kameragestützte Waldbrandfrüherkennungssystem wird in Teilen der gefährdeten Kiefernwaldgebiete im nordöstlichen Niedersachsen im Frühjahr 2009 in Betrieb genommen. Damit besitzt Niedersachsen das **modernste Waldbrandfrüherkennungssystem in Europa**.
- Im ersten Jahr dieser Legislaturperiode wurden die **Raumordnungsverfahren** für die Erdgasleitung NEL, für die Erdgasleitungen ARD und RAGAL und für ein FOC in der Lüneburger Heide abgeschlossen.
- Im Rahmen der Dorferneuerung wurde 2008 das **Modellprojekt „Umnutzung landwirtschaftlicher Altgebäude und Hofanlagen“** zur Entwicklung von Handlungsempfehlungen und Strategien zur Innenentwicklung von Dörfern im ländlichen Raum

gestartet. In zwölf Dörfern werden neue innovative Ansätze modellhaft wissenschaftlich begleitet, umgesetzt und dokumentiert.

Soziales und Gesundheit

- Mit unserem Gesetz zur Förderung der Gesundheit und der Verbesserung des Schutzes von Kindern haben wir ein **verbindliches Einladungswesen in Niedersachsen geschaffen**. Die Nichtteilnahme von Kindern an einer Früherkennungsuntersuchung soll Ansatzpunkt für helfende Interventionen sein. Eltern von nicht untersuchten Kindern erhalten eine Erinnerung. Erfolgt dennoch keine Früherkennungsuntersuchung des Kindes, werden die Daten des betreffenden Kindes den örtlichen Trägern der Jugendhilfe mitgeteilt, damit diese die Möglichkeit der Kontrolle und Hilfe erhalten. Mit unserem neuen Einladungswesen können Risikofamilien frühzeitiger erkannt und durch konkrete Hilfen unterstützt werden. Damit sind wir unserem Ziel, das Wohl unserer Kinder besser zu schützen, ein Stück näher gekommen.
- Für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten haben wir die **unterhältige Teilzeit aus familiären Gründen eingeführt**. Damit wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig verbessert.
- Mit dem neuen **Sonderfonds DabeiSein!** für benachteiligte Familien und Kinder sorgen wir mit einer zusätzlichen jährlichen Investition in Höhe von 250.000 Euro dafür, dass Kinder im Alltag nicht durch Arbeitslosigkeit der Eltern oder andere Not-situationen benachteiligt oder ausgegrenzt werden. Kinder sollen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern möglichst sorgenfrei aufwachsen können. Dazu gehört auch, dass Kinder und Jugendliche am gesellschaftlichen Leben, z.B. in Vereinen, teilhaben können.
- Wir haben in Niedersachsen **280 Familien- und Kinderservicebüros**, die Eltern in allen Fragen rund um die Familie beraten und konkrete Hilfestellung anbieten. In der **Kindertagespflege** haben wir innerhalb eines Jahres 72 % mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen und liegen damit bundesweit auf dem 2. Platz.
- Mit dem **Programm „Erziehungslotsen“** geben wir den Eltern Bildungs- und Beratungsangebote, um die Erziehung ihrer Kinder zu bewältigen. Die ersten zehn Erziehungslotsen haben ihre Zertifikate erhalten und stehen für Hilfe suchende Familien bereit.
- Für Drillinge und andere **Mehrlingsgeburten** übernimmt Niedersachsens Sozialministerin die **Patenschaft**. Jedes Kind wird mit 500 Euro unterstützt.
- Insgesamt stehen mit den seit Januar 2007 geltenden Regelungen **für blinde Menschen jährlich rund 30 Mio. Euro** im Landeshaushalt bereit. Künftig wird für blinde

Menschen bis zum 25. Lebensjahr das Blindengeld von monatlich 300 Euro um 20 Euro auf 320 Euro angehoben. Nach Vollendung des 25. Lebensjahres soll der Betrag um monatlich 45 Euro auf 265 Euro angehoben werden. Die Landesregierung erhöht das Blindengeld um durchschnittlich 540 Euro im Jahr. Immer mehr blinde Menschen profitieren auch von dem Landesblindenfonds, der mit 1 Mio. Euro jährlich ausgestattet ist. Antragsteller erhalten schnell und unbürokratisch weitere Unterstützung in besonderen Lebenssituationen.

- Viele ältere Menschen haben Schwierigkeiten, eine Haushaltshilfe zu bekommen, eine rollstuhlgerechte Wohnung zu finden oder haben sonstige Probleme mit der Alltagsbewältigung. In solchen oder ähnlichen Situationen älteren Menschen Hilfen zu vermitteln, ist das Tagesgeschäft der vom Land geförderten **Seniorenservicebüros**. Mittlerweile sind 8 von 16 bereits geförderten Büros offiziell gestartet. Niedersachsen baut damit als erstes Flächenland ein landesweites Netzwerk von ehrenamtlichen, nachbarschaftlichen und professionellen Anbietern auf.
- Mit dem **10 Mio. Euro umfassenden Pflegepaket** hat Niedersachsen aktiv auf den demografischen Wandel und die steigende Nachfrage in den pflegerischen Berufen reagiert. Die Landesregierung fördert Ausbildungsplätze im Fachbereich Altenpflege, Einrichtungsträger bei den Ausbildungskosten im 3. Umschulungsjahr, die Qualifizierung von vorhandenen Pflegekräften und die Förderung der Selbsthilfe.
- Mit unserem **Krankenhausinvestitionsprogramm 2008** fördern wir Baumaßnahmen und den Neuerwerb von medizinisch-technischen Großgeräten an verschiedenen niedersächsischen Klinikstandorten in Höhe von 133,1 Mio. Euro. Ferner investieren wir 7,5 Mio. Euro in kleinere Vorhaben, die Erstsanschaffung medizinisch-technischer Großgeräte an verschiedenen Standorten in Niedersachsen und in Mehrkosten bei bereits begonnenen Projekten sowie Notmaßnahmen.
- Nachdem das Bundesverfassungsgericht Mitte 2008 bundesweit geltende Grundsätze einer verfassungskonformen **Nichtraucherschutzregelung** aufgestellt hat, hat Niedersachsen als eines der ersten Bundesländer sofort reagiert. Zum 1. Januar 2009 ist das geänderte Nichtraucherschutzgesetz in Kraft getreten. Danach ist das Rauchen in Einraumgaststätten dann erlaubt, wenn Kriterien Gastfläche von weniger als 75 Quadratmeter, kein abgetrennter Nebenraum vorhanden, es werden keine zubereiteten Speisen gereicht, Personen unter 18 Jahren haben keinen Zutritt und deutliche Kennzeichnung am Eingang als Rauchergaststätte, erfüllt sind.
- Die Landesregierung hat unter dem Motto: „Sie sind Gold wert.“ zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden die **Einführung der niedersächsischen Ehrenamtskarte** initiiert. In enger Abstimmung ist die Ehrenamtskarte bisher in 18 niedersächsischen Kommunen eingeführt worden oder die Vergabe der ersten Karten steht unmittelbar bevor. Bis zum 10. Januar 2009 sind 2.423 Ehrenamtskarten verliehen worden. Die Ehrenamtskarte ist somit ein weiterer wichtiger Baustein zur Anerkennung des Bürgerschaftlichen Engagements in Niedersachsen.
- Gerade Menschen mit Behinderungen oder Familien können vielfach auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt keine bedarfsgerechte Wohnung bekommen oder Wohneigentum bilden. Mit unserem neuen **Wohnraumförderungsgesetz** legen wir die Grundlage für eine familiengerechte, generationenübergreifende und barrierefreie Förderung des Wohnens in Niedersachsen. Gegenüber den bisherigen bundesrechtlichen Regelungen ist das niedersächsische Wohnraumförderungsgesetz deutlich unbürokratischer und das Verwaltungsverfahren erheblich vereinfacht. Niedersachsen erhält vom Bund bis zum Jahr 2013 jährlich Mittel in Höhe von 39,8 Mio. Euro, die in die neue Förderung fließen. Wir haben einen Wohnraumförderfonds eingerichtet, sodass die Finanzierung auch über das Jahr 2013 hinaus gesichert ist.

- Für die **Quartiersinitiative Niedersachsen** haben wir 1 Mio. Euro bereitgestellt und 2008 18 Modellprojekte gefördert. Zusammen mit dem Anteil privater Initiativen und dem der Städte und Gemeinden stärken wir damit die Attraktivität der Innenstädte mit mindestens 2,5 Mio. Euro und setzen neue Impulse zur Stärkung der Innenstädte als Standorte für Einzelhandel und Dienstleistungen.

Kultur

- Mit der Unterzeichnung der **Zielvereinbarungen für die Niedersächsischen Staatstheater** in Hannover, Braunschweig und Oldenburg garantiert das Land die für die künstlerische Entwicklung der Theater wichtige finanzielle Planungssicherheit bis zum Jahr 2012. Neben der finanziellen Absicherung haben das Land und die Staatstheater sich im Rahmen der Vereinbarungen auf wichtige kulturpolitische und gesellschafts- bzw. bildungspolitische Ziele verständigt. Diese Vereinbarung ist in dieser Form bisher bundesweit einmalig.
- Die Errichtung der **Landesmusikakademie in Wolfenbüttel** ist eines der wichtigsten Projekte der Landesregierung für die Kultur in Niedersachsen. Sie wird das niedersächsische Zentrum für die Aus- und Weiterbildung von Ensembleleitungen in der Laienmusik, für musisch-kulturelle Angebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sowie zur Förderung musikalisch Hochbegabter sein. Am 28. August 2008 wurde das Richtfest gefeiert, die Fertigstellung wird im August 2009 erwartet.
- Im April 2008 fand das Richtfest für den **Erweiterungsbau des Herzog Anton Ulrich-Museums** in Braunschweig statt. Durch den Erweiterungsbau erhält das Kunstmuseum des Landes Räume und Ausstellungsmöglichkeiten, um die international renommierte Sammlung angemessen präsentieren zu können. Mit mehr Platz für Dauer- und Sonderausstellungen sowie museumspädagogischer Betreuung von Besucherinnen und Besuchern wird das Museum noch bekannter werden und seinen internationalen Rang verbessern.
- Eine zukunftsorientierte Museumslandschaft braucht Museen, die den deutlich verändernden Anforderungen gerecht werden und sich qualitativ weiterentwickeln. Dafür wurde gemeinsam mit dem **Museumsverband für Niedersachsen und Bremen e.V.** sowie der Niedersächsischen Sparkassenstiftung das Verfahren der „Registrierung“ begonnen. Mit der Errichtung von Qualitätsstandards soll die Arbeit der Museen kontinuierlich verbessert und die Entwicklung der Museen gestärkt werden.
- Unter dem Titel „**Öffentliche Bibliothek mit Qualität und Siegel**“ in Niedersachsen wurde ein Gütesiegel für Öffentliche Bibliotheken eingeführt. Es basiert auf Freiwilligkeit und gibt Bibliotheken aller Größenordnung die Möglichkeit, ihre Leistungen und ihr Qualitätsbewusstsein nach innen und außen zu dokumentieren. Mit dem Siegel werden nicht nur gute Einrichtungen ausgezeichnet, sondern auch bibliotheks- und praxisgerechte Methoden der Qualitätssicherung und -verbesserung entwickelt und vermittelt.

- Die „**Projektinitiative Musikland Niedersachsen**“ wurde am 1. Mai 2008 gestartet mit dem Ziel, vorhandene Einrichtungen, Initiativen und Projekte zu unterstützen und neue Impulse zu setzen. Die Niedersächsische Sparkassenstiftung, die Stiftung Niedersachsen und das Land finanzieren das Projekt zu gleichen Teilen.
- **Kooperationen mit Musikschulen** werden gemeinsam mit dem Landesverband niedersächsischer Musikschulen e.V. weiter ausgebaut. Längerfristiges Ziel ist es, durch die Vernetzung von Angeboten der Musikschulen mit denen allgemein bildender Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen, jedem Kind unabhängig von seiner sozialen und ethnischen Herkunft früher und intensiver als bisher einen Zugang zur musikalischen Bildung zu ermöglichen.

Medien

- Mit dem **12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag** haben wir dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der digitalen Welt einen zeitgemäßen Funktionsauftrag gegeben. Das bedeutet eine schwierige Gratwanderung zwischen dem öffentlichen Interesse an einem qualitativ hochwertigen und zugleich bezahlbaren öffentlich-rechtlichen Angebot einerseits sowie einer wettbewerblichen Ausgestaltung einer dualen Medienlandschaft, wie sie die EU-Kommission favorisiert, andererseits.
- 2008 haben wir das **Internetportal „Medienkompetenz in Niedersachsen“** entwickelt, das von den Nutzern gut angenommen wird. Unsere vielfältigen Initiativen haben wir am 5. November 2008 in Hannover unter dem Motto „Medien verbinden Menschen“ einer größeren Öffentlichkeit vorgestellt.
- 2008 hat die **nordmedia** als gemeinsame Mediengesellschaft der Länder Niedersachsen und Bremen 177 positive Entscheidungen zur Stärkung und Weiterentwicklung der Medienstandorte Niedersachsen und Bremen getroffen. 2008 konnten Fördermittel in Höhe von 10,6 Mio. Euro vergeben werden. Im Jahr 2008 gingen 53 Preise an 17 nordmedia-Produktionen, darunter sieben „Lolas“ (Deutscher Filmpreis) und es wurden 43 nordmedia geförderte Film- und Fernsehproduktionen fertig gestellt.
- 2008 hat die **nordmedia** verstärkt auf digitale Themen gesetzt und ihre Aktivitäten in diesem Bereich in der Geschäftsstelle „Digital Cluster Management“ gebündelt. Es wurden die Netzwerkveranstaltungen „Game Focus Germany“ und „Serious Games Conference“, die sich an die Unterhaltungssoftwarebranche richten, durchgeführt. Ebenso fand der „HD Workshop & Netzwerk 2008“ in Hannover statt. Die Veranstaltungsreihe begleitet erfolgreich die Medienbranche auf dem Weg zum neuen Produktions- und Sendestandard „High Definition“ (HD/HDTV). Sie ist inzwischen die größte ihrer Art in Europa.
- Niedersachsen ist das erste Bundesland in Deutschland, welches für die Film- und audiovisuelle Medienwirtschaft eine **eigene Förderrichtlinie im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)** aufgelegt hat. Der Film- und audiovisuellen Medienwirtschaft in Niedersachsen stehen damit für die Förderperiode bis 2013 insgesamt knapp 2,8 Mio. Euro an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung, die ebenfalls über die nordmedia vergeben werden.

Norddeutsche Zusammenarbeit

- Unter dem Motto „**Ein Norden. Viele Stärken.**“ haben die norddeutschen Länder gemeinsam ihre weltweit führenden technologischen Potenziale in Form einer norddeutschen Stärkenlandkarte präsentiert.
- In Gesprächen mit dem Bundesverkehrsminister wurde ein **Konsens über die vordringlichsten norddeutschen Verkehrsprojekte** insbesondere für die Sicherung der Hafenhinterlandanbindung hergestellt. Der Bund plant, die Investitionsmittel für die Verkehrsinfrastruktur in den Folgejahren deutlich zu erhöhen, damit auch in diesem Bereich Verbesserungen eintreten.
- Um die Ernährungswirtschaft zu stärken und auszubauen, wird in der **Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten** ein Clustermanagement vorbereitet, das mit den beteiligten Institutionen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung kooperieren wird. Die Wirtschaft wird sich in den nächsten drei Jahren auch finanziell mit insgesamt ca. 210.000 Euro an diesem Clustermanagement beteiligen. Als Auftakt fand im August 2008 eine Regionalkonferenz in Bremerhaven mit rund 400 Branchenvertretern statt.
- Gemeinsam mit allen Akteuren und Bürgern der **Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten** wurde das Logo „Metropole Nordwest – Die Frischköpfe“ entwickelt. Ein prägnantes Erscheinungsbild zeigt künftig die selbstbewusste und offensive Kommunikation der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten nach innen und außen.
- Von der **Süderelbe AG** wurde das Regional- und Clustermanagement Logistik im südlichen Teil der Metropolregion Hamburg durchgeführt, um die südliche Metropolregion mit der wachsenden Dynamik der Metropole Hamburg zu verzahnen und Problemlösungen für Standort- und Flächennachfrager zu bieten. Das Clustermanagement Ernährungswirtschaft hat sich spezialisiert, um wesentliche Elemente der Wertschöpfungsketten in der Region zu erfassen. Dadurch werden zukünftig Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstumspotenzial entscheidend geprägt.

Europa und internationale Zusammenarbeit

Die Landesregierung wird sich weiter dafür einsetzen, die **Chancen Niedersachsens in der erweiterten EU** zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger sowie der niedersächsischen Wirtschaft zu nutzen. In vielen Bereichen hat sich das **europäische Engagement der Landesregierung** bezahlt gemacht:

- Eine entscheidende Voraussetzung für eine zeitgerechte Realisierung des JadeWeserPorts in Wilhelmshaven war die Notifizierung der Landesbürgerschaft. In persönlichen Gesprächen haben sich Ministerpräsident Wulff und Minister Hirche dafür eingesetzt, dass die EU-Kommission ihre Zustimmung erteilt.
- Die Landesregierung hat sich für eine modifizierte Regelung zur Reduzierung von CO₂-Emissionen bei Personenkraftwagen stark gemacht, die sowohl den Erfordernissen des Umweltschutzes als auch den technischen Möglichkeiten der Automobilproduzenten Rechnung trägt. Nach langwierigen Verhandlungen ist es gelungen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie zu stärken und gleichzeitig bessere technologische Lösungen zur Reduktion von Pkw-Emissionen zu schaffen.
- Ministerpräsident Wulff hat sich gegenüber Bundeskanzlerin Merkel dafür eingesetzt, die Vorgaben der EU-Kommission für die energieintensiven Branchen wettbewerbsfreundlicher zu gestalten. In Brüssel hat die Landesregierung gemeinsam mit dem Verband der Chemischen Industrie-Nord und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie für moderatere Vorgaben beim Emissionshandelssystem geworben. Das Engagement der Landesregierung hat zu einer Änderung der EU-Vorschläge und zum Erhalt von Arbeitsplätzen und Produktionsstandorten in Niedersachsen beigetragen.

Ende Oktober 2008 hatte sich Herr Ministerpräsident mit den niederländischen Kommissaren der Königin aus den Provinzen der Neuen Hanse Interregio in Groningen getroffen. In erster Linie ging es um die grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur.

Die Programme zur **EU-Förderperiode 2007 - 2013** sind seit Mitte 2007 angelaufen und wurden 2008 durch umfassende Bewilligungen umgesetzt. Bewilligt wurde beispielsweise die Errichtung eines Besucherzentrums der Varusschlacht im Osnabrücker Land GmbH und die Erweiterung der Niedersachsenbrücke in Wilhelmshaven.

Wir haben die **Internationalisierung** des Landes weiter vorangebracht. Eine Delegationsreise des Ministerpräsidenten nach Indien und China hat die Zusammenarbeit zwischen Bildungs- und kulturellen Einrichtungen der Länder intensiviert und kleinen und mittleren Unter-

nehmen aus Niedersachsen bei ihren Geschäftsanbahnungen ins Ausland unterstützt. Im Beisein des Ministerpräsidenten wurden im Rahmen dieser Reise zehn Kooperationsvereinbarungen zwischen niedersächsischen Bildungseinrichtungen und Universitäten mit Partnern in China unterschrieben.

Mit der Eröffnung der **Repräsentanzen des Landes Niedersachsen** in Mumbai im Oktober 2008 und in Dubai sowie Washington im Februar 2009 wurde der Ausbau des internationalen Netzes der Repräsentanzen fortgesetzt.